Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 4.50 auswärts M. 4.80 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 30 Pfg. bei mehrmaliger, Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Begründet 1826

Fernsprecher 29

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 76 — Mittwoch den 31. März 1920 — 94. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr vormittags.

Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Bänke der Regierung und sämtliche Tribünen.

Präsident Fehrenbach entrichtet in Erinnerung an die Stuttgarter Tagung Württemberg herzlichste Grüße.

Reichskanzler Müller: Die neue Regierung ist getragen von den gleichen Parteien, wie die alte. Dem früheren Reichskanzler und seiner Regierung gebührt der herzlichste Dank. Wer mit Kapp gemeinschaftliche Sache gemacht hat, muß verschwinden. Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden (Zurufe: Aber schnell!). Wir werden rücksichtslos und entschlossen vorgehen. Eine demokratische Regierung ohne Demokraten ist eine innen- und außenpolitische Gefahr. Wir haben Demokraten. Sie müssen nur an die richtige Stelle gesetzt werden. Der Reichswirtschaftsrat wird schnellstens geschaffen werden. Ebenso werden die anderen in Angriff genommenen Gesetze schnellstens fertig gestellt werden. Wirtschaftszweige, die dazu reif sind, sind in öffentliche Bewirtschaftung oder Kontrolle zu übernehmen. Elektrizität, Kohle und Kali sind die ersten hierher fallenden Gegenstände. Für die Landwirtschaft muß künstlicher Dünger geschaffen werden. Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten. Die Demokratisierung der Verwaltung, die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an deren Stelle die Schaffung neuer Verbände, die als wahrhafte, keinen Stand ausschließende Volkswehr bezeichnet werden können. Alles dieses unter Beteiligung der schaffenden Stände zu lösen, muß unsere große Aufgabe sein. Wir werden sie mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchführen. Der Aufbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend nötig. Ein Schlichtungsgesetz ist in Vorbereitung. Großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsopfer ist unsere heiligste Pflicht. (Lebhafte allgemeine Zustimmung). Das Versorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ist fertiggestellt. Fürsorge für Arbeiter und Angestellte muß geschaffen werden, indem das Arbeiter- und Beamtenrecht schleunigst durchgeführt wird. Dieses muß sozial und freiheitlich ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Beamtenbesoldungsreform müssen alsbald ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Die Regierung hofft, daß das wichtige und umfangreiche Arbeitsprogramm, welches dasselbe ist, wie das der alten Regierung, bald erledigt werden kann. Trotzdem wird die Arbeit der Nationalversammlung zeitig abgebrochen werden müssen, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Kapp-Anhängern eine gewaltige Abrechnung durch die Wahlen halten will. (Links: Sehr richtig!). Loyale Erfüllung des Friedensvertrages, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinschaftlichkeit zwischen den Völkern, Heranholung aller geistigen Kräfte sind unsere Aufgaben.

Unser Kurs bleibt in der Außenpolitik der alte, weil er richtig war.

Die schleunige Erdrosselung des Kappunternehmens erhöhte das Vertrauen zu uns. Hätte die Entente uns nicht das Atmen beinahe unmöglich gemacht, so wäre die Zahl der Kappianer viel geringer gewesen.

Gegenüber Millerand bemerke ich: Die deutsche Regierung war bemüht, alles zu erfüllen, was überhaupt in ihrer Macht lag. Ein wirtschaftliches Zusammenwirken mit Frankreich ist dringend geboten. Ein sich verblutendes Deutschland ist Europas Ruin.

Aus einem Teil des Ruhrgebiets kommen Deputationen zur Regierung, die die Lage schildern. Wir verhandeln mit der Entente darüber, daß wir im Notfalle für kurze Zeit etwas mehr Truppen in die gefährdeten Gebiete senden dürfen. Frankreich will das nur gestatten, wenn es dagegen Frankfurt, Darmstadt und andere Orte besetzen kann. Ich weise das zurück. Wir wollen doch nur die Ruhe im Ruhrgebiet herstellen, auch um Frankreich die versprochene Kohle liefern zu können. Im deutschen Volke ist kein Platz für eine Diktatur, komme sie woher sie wolle.

Der Putsch des 13. März hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Abstimmungen mit Zuversicht entgegen. Ein Verbrechen am Reich und Volk ohnegleichen haben wir erlebt. Dummheit und Brutalität hatten sich vereinigt. Die Hochverräter werden bestraft ohne Rücksicht auf das Zureden von den Seiten, die allein die Verantwortung tragen. Die Machthaber alten Regimes, die Partei der Kriegshetzer wollen der Regierung die Schuld zuschieben. Der Weg Kapps war auch der Weg der Rechten. Das beweisen die Stellungnahmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei (Lärm rechts) unmittelbar nach dem Auftreten Kapps, die keinen Tadel für diesen enthielten. Das war Heuchelei. Das Volk wird richten zwischen Ihnen und uns. Der Generalstreik war ein Vorspiel der kommenden Wahlen. Wer war das Volk des Kapp-Regimes? Die Schuld der Deutschnationalen drückt sich in den Aeußerungen des Grafen Westarp aus. Kapp, Jagow, Schiele waren ihre Mitglieder. Preußischer Landwirtschaftsminister sollte Frhr. v. Wangenheim werden. Nachher zog sich die Rechte von den Hochverrätern auf die Verfassung zurück. Dieses Unternehmen hat das deutsche Volk zum zweiten Mal schwer geschädigt. Das erste Unternehmen war der Krieg, das zweite das Kappunternehmen. Das Volk war an dem Putsche nicht beteiligt. Nur deutschnationale Hochverräter und verführte Soldaten waren es, die das deutsche Volk in schweres Unglück stürzten. Noch lange wird Deutschland unter dem Wahnsinn dieser Tage zu leiden haben.

Im Ruhrgebiet ist die Diktatur von rechts in die von links umgeschlagen. Aber auch dort wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Waffen sind dort vielfach in die Hände von Leuten gelangt, für deren Rauben, Morden und Stehlen ich keine Partei verantwortlich machen kann. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Wir werden die Hände nicht ruhig in den Schoß legen. Das Deutschland Ludendorff's und Lüttwitz's hat endgültig abgewirtschaftet. Mit dem Bolschewismus macht man uns nicht bange. Wir lehnen ihn ab. Aber die größte Gefahr kommt von rechts (Lachen rechts). Das Volk wird das Gesamturteil fällen (Lebhafter Beifall, Zischen rechts, wiederholter Beifall.)

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Besprechung der Regierungserklärung zu verschieben und zunächst andere Gegenstände zu erledigen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Die Gesetzentwürfe betreffend vorläufige Regelung des Reichshaushalts, Notetats und des 3. Nachtragsetats, das Besoldungsgesetz und das Gesetz betreffend die Verreichlichung der Eisenbahnen werden den Ausschüssen überwiesen. Das Gesetz betreffend die Besteuerung der Reichsbank wird in allen drei Lesungen erledigt, ebenso das Gesetz betreffend das Abkommen über den Kieler Hafen.

Darauf wird die Sitzung bis 1 Uhr nachm. unterbrochen.

Nachmittagssitzung: Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 1.10 Uhr nachmittags.

Bolz (Z.): Unser Ziel kann nur sein die Erhaltung des Reichs und allmähliche Gesundung der Wirtschaft. Zu solcher Arbeit haben sich die Mehrheitsparteien zusammengefunden. Die Koalition hat gehalten. Ohne sie gibt es keine Rettung. Freilich zwingt sie alle Teilnehmer zum Verzichten. Verbrecher von rechts und links suchen uns ins Verderben zu ziehen. Es war eine deutsch-nationale Bewegung; aber sie war weder deutsch noch national. Die Rechte muß die Verantwortung für diese Dinge und für ihre Presse tragen, solange sie politische Narren und Verbrecher in ihren Reihen duldet. Der Wahltermin war eine Zweckmäßigkeitsfrage, aber Verfassungsbruch, Meineid und Hochverrat, unterstützt von Maschinengewehren war das Arsenal Kapps. Das Narrenspiel von rechts hatte das Verbrechen von links zur Folge. Das Ultimatum der Regierung an die Roten Truppen findet unsere volle Billigung. Nocheinmal dürfen wir hoffen, der Gefahr Herr zu werden. Aber wir bitten den Reichskanzler, die Gefahr des Bolschewismus nicht zu unterschätzen. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr, Offiziere und Mannschaften müssen mehr als bisher aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen entnommen werden. Eine bloße Bewaffnung der Arbeiter kann man uns nicht zumuten. Das politische Gesindel aus dem Osten mit seiner Verhetzung muß aus dem Reiche entfernt werden. Hoffentlich werden die letzten 14 Tage auch den Zweiflern und Mißvergnügten unserer Partei die Augen geöffnet haben. Unsere Partei wird ihren Weg weitergehen. Es ist der rechte.

Henke (USP): Noske ist gegangen als ein Mann, der alles verloren hat. Winnig und Noske sind von einer Couleur. Wenn die Haltung der Gewerkschaften, die wir billigen können, nur ein Manöver gewesen sein soll, so werden wir dafür sorgen, daß der Arbeiterschaft der Star gestochen wird, und die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Die alte Regierung hat von Stuttgart aus den Verbrechern von rechts scharfe Strafe angedroht. Was ist dagegen geschehen? Unter diesem Eindruck stehen die Arbeiter im Ruhrrevier. Die alten Konservativen hätten zu ihren Taten gestanden. Sie (nach rechts) sind zu feige dazu. (Lärm rechts). Auch die neue Regierung ist dem Militarismus gegenüber ohnmächtig, solange sie sich nicht auf das bewaffnete Proletariat stützt. Wenn Herr Bauer als Reichskanzler das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr hat, hat er es dann als Staatsminister? Wir haben kein Vertrauen zu der neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister.

Legien (Soz): Die sozialdemokratische Fraktion spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Die Gewerkschaften, einschließlich der unabhäng. Vertreter unter ihnen, haben von den neuen Ministern nur die Anerkennung der sogenannten 8 Punkte verlangt und waren im übrigen bereit, die neuen Minister zu unterstützen. (Hört, hört). Wir hoffen, daß die Unabh. Sozialdemokratie überhaupt auch einsieht, wo das wahre Interesse der Arbeiter liegt und eine ähnliche Haltung einnimmt. Wir verlangen von der Regierung, daß die Hochverräter gefaßt und ihr Vermögen konfisziert wird, um daraus die Lebensmittelnot der Minderbemittelten zu beheben. Wir sind uns der Verantwortung bei der Aufforderung zum Generalstreik wohl bewußt gewesen. Aber es handelte sich um Freiheit und Recht. Keine Regierung kann ohne Zustimmung der Arbeiter regieren. Auch Kapp hat versucht, mit den Arbeitern zu verhandeln und sie durch Versprechungen einzufangen. Die Reichswehr muß umgestaltet werden. Der republikanischen organisierten Arbeiterschaft müssen die Einwohner- und Ortswehren eingeräumt werden. Gegen die Haltung der Baltikumer mußte sich das Gefühl der Arbeiterschaft empören. Der Kapp-Putsch hat die Lebensmittelpreise wieder hochgetrieben. Die Unternehmer müssen die Löhne erhöhen, und wo sie es können, helfend eingreifen. Verhängnisvoll wäre es für Deutschland, wenn die Arbeiter enttäuscht werden, wenn die Vereinbarungen nicht schnell u. energisch durchgeführt werden würden. Es muß auch endlich Schluß gemacht werden mit der unsinnigen Agitation gegen den Bolschewismus. In Deutschland ist kein Boden für den Bolschewismus. (Lachen und Lärm rechts.)

Reichswehrminister Geßler: Ich werde versuchen, die Kluft schnell zu schließen, die der Kapp-Putsch in der Reichsverteidigung geschaffen hat. Es handelt sich um ein Problem der Gesinnung. Die Verletzer der Verfassung müssen entfernt werden. Eine Untersuchungskommission ist eingesetzt. Die Gesetzesvorlage betreffend Aburteilung durch das Zwilgericht ist Ihnen zugegangen. Inzwischen haben aber auch die Gerichtsherren Anweisung erhalten, Verfahren einzuleiten. In die Brennpunkte der Bewegung sind Zivilkommissare entsandt. Daß wir in den schweren Tagen auf einen Teil unbedingt zuverlässiger Truppen rechnen konnten, bleibt Noskes Verdienst. Daß er von einer Reihe von Offizieren getäuscht wurde, darunter muß die ganze Reichswehr leiden. Die Schuldigen an den Ausschreitungen werden bestraft werden. Die Truppen müssen in die Kasernen, das Volk muß zur Arbeit zurückkehren. Der Belagerungszustand soll raschestens abgebaut werden. An den heutigen Verhältnissen im Ruhrgebiet hat keine Partei Schuld, aber daß sie so werden konnten, daran ist die Sache Kapps schuld. (Lärm rechts.) Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut werden ohne Gesinnungsschnüffelei. Den demokratisch Gesinnten muß der gebührende Platz zukommen. Nachrichten- und Aufklärungsdienst in der Truppe selbst müssen verbessert werden. Jede kaltenmäßige Abschließung des Heeres muß aufhören. Die Führerstellen müssen besonders auch Demokraten offen stehen. (Beifall).

Reichsminister Blunck teilt mit, daß gegen Kapp, Jagow, Pabst, Bauer, Schiele, Bredereck, Frhr. v. Falkenhausen, Doye, v. Lewetzow, v. Winterfeldt, Lindemann-Kiel u. andere das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist. Soweit die Genannten nicht in Haft sind, ist Steckbrief erlassen. Das Vermögen ist beschlagnahmt. — Wegen der Verfolgung Traubs ist bei der Nationalversammlung Antrag eingegangen. Die Angelegenheit befindet sich bei deutschen Gerichten. Wir dürfen dazu Vertrauen haben. (Beifall).

Dr. Heinze (DVP): Als ich Nachricht von der unverantwortlichen Tat Kapps erhielt, war ich auf das Höchste entrüstet. Wir müssen unbedingt auf dem Boden des Rechts stehen. Die gegenwärtige Verfassung muß geschützt werden. Wir können eine Regierung nur anerkennen, die auf der gegenwärtigen Verfassung beruht. Kapp und Lüttwitz waren nur möglich, weil wir die Revolution und den Frieden von Versailles gehabt haben. Es wäre besser gewesen, wenn Sie auf unsere Forderung eines früheren Wahltermins eingegangen wären. (Lärm und Unruhe). Die ganze Situation wird wahlagitatorisch gegen die Rechte ausgebeutet. Der Generalstreik war ein großer politischer Fehler (Lärm bei der Mehrheit). Das Heer darf in keiner Weise politisiert werden. Unternehmertum und Arbeiterschaft müssen im Wirtschaftsleben loyal zu ihrem Recht kommen, dann werden sie die Sachverständigen an der rechten Stelle haben. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei).

Haas (Demokr.): Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat jedenfalls die Kappisten anerkannt. Gegenüber den Hochverrätern ist rücksichtslose Strenge am Platze, auch wegen des Auslandes. Noskes Arbeit in schweren Tagen muß noch gewertet werden. Deutschland muß auf dem Boden der Republik bleiben. Es ist keine Regierung mehr möglich ohne Sozialdemokratie. In der Reichswehr müssen endlich die Hoheitszeichen der demokratischen Republik und ihre Farben eingeführt werden. Die Farben schwarz-weiß-rot sind von den Verrätern entehrt worden. Reichswehr und Einwohnerwehr müssen gesäubert werden. Man sollte endlich aufhören an den leitenden Männern, besonders den sozialdemokratischen, gehässige und hämische Kritik zu üben, sogar an ihren Frauen. Wir können auch keinen „angetrunkenen Patriotismus" gebrauchen, der uns im Auslande schadet.

Reichskanzler Müller teilt mit, daß das Exekutivkomitee in Duisburg der Reichsbankstelle dort mit bewaffneter Hand eine Million abgenommen habe. Die Verhältnisse daselbst schienen sich also noch nicht gebessert zu haben. Bezüglich der Zugehörigkeit des Herrn Kapp zur Deutsch-Nationalen Volkspartei bleibt der Reichskanzler bei seinen Ausführungen von heute Morgen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß das Haus vermutlich morgen in die Osterferien gehen werde und zwar bis zum 14. April. — Reichsinnenminister Koch wünscht baldige Beratung des Wahlgesetzes. Löbe (S.) stimmt dem zu.

Nächste Sitzung: Morgen Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache u. a., darunter auch das Wahlgesetz und das Gesetz gegen Hochverrat.

Ein Vertrauensvotum für das Kabinett Müller.

Berlin, 29. März. Die Führer der drei Mehrheitsparteien haben am Schluß der heutigen Sitzung der National-

versammlung für das neue Kabinett ein Vertrauensvotum eingebracht. Der Antrag lautet: „Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung, Staatswohl, Verfassung u. Nationalversammlung gerichteten verräterischen Aufruf und die Anstifter und Helfershelfer des Staatsstreichs. Die Nationalversammlung spricht allen Teilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung geschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus. Der Antrag trägt die Unterschriften von 315 Mitgliedern der Nationalversammlung.

Die Lage in Deutschland.

Das Ultimatum der Regierung.

Der „Vorwärts" berichtet aus Elberfeld, daß die sozialdemokratische Partei Elberfelds der Reichsregierung gestern Abend um 8 Uhr mitteilte, daß sie eine Verlängerung des Ultimatums der Reichsregierung vom 28. März um drei Tage verlange. In einer gleichen Mitteilung des Zentralrats in Essen werden die Bedingungen des Generals Watter in Münster als technisch unausführbar bezeichnet. Zur Abwehr des Watter'schen Planes hat der Zentralrat beschlossen, zum sofortigen Generalstreik aufzurufen. Zugleich erklärte der Zentralrat, daß er die Bielefelder Beschlüsse anerkenne und daß die militärischen Führer erklärt haben, sich dem zu unterwerfen.

Wie der „Vorwärts" hört, hat die Reichsregierung darauf geantwortet, daß das Militär verfassungstreu sei und keinen anderen Auftrag habe als den, gesetzliche Zustände wieder herzustellen. Die Reichsregierung glaubt, auf dem Vorschlag des Bielefelder Abkommens bestehen zu müssen, wobei von der Gegenseite noch nicht der geringste Anfang gemacht worden sei.

Der rote Terror im Vogtlande.

Plauen i. V., 29. März. Der Falkensteiner Kommunist Hölz ließ heute in Plauen eine Bekanntmachung öffentlich anschlagen, in der er den Bürgerrat auffordert, die gestern von Hölz bei dem Kaffeehausbesitzer Trömel beschlagnahmte Summe von 100 000 Mk. diesem zurückzuzahlen. Außerdem fordert er von dem Bürgerrat in Plauen wöchentlich eine Summe von 100 000 Mk. für die in Bildung begriffene „Rote Garde". Sollte die erste Rate bis Dienstag abend 9 Uhr im Schloß Falkenstein nicht eingetroffen sein, so hätten sich die besitzenden Kreise Plauens die daraus entstehenden Konsequenzen selbst zuzuschreiben. Unterzeichnet ist der Anschlag mit „Der rote Vollzugsausschuß".

Revolte im Zuchthaus.

Brandenburg, 29. März. Bei der gestrigen Revolte der Zuchthäusler mußte die Anstalt, nachdem 152 Zuchthäusler ausgebrochen waren, das hiesige Kürassierregiment zu Hilfe rufen. Das Regiment sandte sofort eine Abteilung und besetzte das Zuchthaus. Die Meuterer hatten sich zum Teil mit Karabinern bewaffnet. Bei dem Kampfe wurden zwei in der Strafanstalt erschossen und 9 schwer verwundet. Die Zahl der Leichtverwundeten ist noch nicht festgestellt. Von den Wärtern ist keiner ums Leben gekommen. In Genthin wurde ein Zuchthäusler erschossen und drei schwer verwundet. Im Walde sollen noch Ausbrecher verborgen sein. Von den 152 Flüchtlingen waren gestern 70 wieder eingeliefert. Im Laufe der Nacht und des heutigen Vormittags sind noch weitere aufgegriffen worden. Es fehlen noch 11 Zuchthäusler.

Ein großzügiger kommunistischer Plan zur Weltrevolution.

London, 29. März. Einer Depesche der „Times" aus Rotterdam zufolge sind die spartakistischen Erhebungen in Westdeutschland, die Streiks in Holland und die Streikbewegungen der Bergarbeiter in England nach ziemlich sicheren Anzeichen auf einen großen methodischen Plan der Kommunisten zurückzuführen, die hoffen, im kommenden Sommer die Weltrevolution zu entfesseln.

Die große Säuberung.

Berlin, 29. März. Wie wir aus dem Reichsministerium hören, haben infolge der letzten Ereignisse nachstehende Offiziere ihre Verabschiedung erbeten, beziehungsweise sind in ihren Stellungen ersetzt worden: Generalleutnant v. Estorff, Generalleutnant v. Bermuth, die Generalmajore v. Groddeck, Freiherr v. Diepenbroick-Gruoter, von der Hardt, v. Märker, v. Lettow-Vorbeck und Hagenberg, die Obersten Freiherr v. Wangenheim, v. Owen und Freiherr v. Ledebour, Oberstleutnant v. Clewitz, die Majore v. Miaskowski und Hagemann. Die Frage, wieweit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft. — Gegen den früheren General v. Lüttwitz ist seitens der zuständigen Militärgerichtsbarkeit ein Haftbefehl erlassen worden.

Untersuchungen.

Berlin, 29. März. Nach Mitteilung des Oberreichsanwalts ist der Unterstaatssekretär a. D. v. Falkenhausen in Brandenburg verhaftet und dort bereits gerichtlich vernommen worden. v. Falkenhausen wurde am 25. März nach Leipzig gebracht und ist dort von dem Untersuchungsrichter vernommen worden.

Die Vermögensbeschlagnahme gegen die Angeschuldigten des Kapp-Lüttwitz-Prozesses ist am 25. März vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts beschlossen worden.

Wegen der Kieler Vorgänge ist die Voruntersuchung gegen Admiral a. D. v. Lewetzow, Major a. D. v. Winterfeldt, Oberbürgermeister v. Lindemann, Regierungspräsident Pauli-Schleswig und Landrat Freiherr Löw ausgedehnt worden. v. Lewetzow ist verhaftet, Pauli befindet sich in Schutzhaft. Die übrigen Angeschuldigten sind flüchtig. Die Steckbriefe gegen die des Hochverrats beschuldigten Personen sollen nicht im Fahndungsblatt, sondern auch in den Tageszeitungen, sowie an den Anschlagsäulen veröffentlicht werden. Für sachdienliche Beihilfe zur Aufklärung des Sachverhalts oder Ueberführung und Ergreifung eines Angeschuldigten wird eine Belohnung bis zu 10 000 Mk. ausgesetzt.

Keine Wahlen im Abstimmungsgebiet.

London, 29. März. Die Botschafterkonferenz trat heute Morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammen. Sie beschloß u. a., daß die Bevölkerung der Gebiete, in denen Abstimmungen stattfinden, von den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstag und von der Wahl des Reichspräsidenten ausgeschlossen sein soll.

Ausland.

„Brandstiftung".

Berlin, 30. März. Die Thüringer „Stamba" schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel „Brandstiftung", daß die eigentliche Ursache der Erschütterungen, die Deutschland jüngst durchzumachen hatte, in dem kurzsichtigen Verfahren zu suchen sei, das sich die Friedenskonferenz zueigen gemacht habe. Statt die unterlegenen Völker zu der Konferenz heranzuziehen, um in gemeinsamer Beratung den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, habe man ihnen eine Behandlung angedeihen lassen, wie sie kein besiegtes Volk bisher habe erdulden müssen. Man habe vergessen, daß die Niederringung des deutschen Volkes nur durch einen feindlichen Bund möglich geworden sei, der die ganze Welt umfaßt habe, daß Deutschland nicht militärisch geschlagen, sondern mit den Waffen in der Hand sich zu einem Frieden bereit erklärt habe, der eine neue Lebensgrundlage für ganz Europa zu bieten schien. Deutschlands Würde sei unversehrt, und eine Reaktion gegen die fortwährenden und systematischen Erniedrigungen, die die unersättliche Revanchesucht auskügele, unvermeidlich gewesen. Habe man so anfänglich die Reaktion geradezu herausgefordert, so sei durch die planmäßige Verhinderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues das Spartakistentum in Deutschland groß gezogen worden. Politische Kurzsichtigkeit schlimmster Sorte habe die Gefahr heraufbeschworen über das deutsche Volk. Leute, die über dieser Gefahr Freude empfänden, hätten nicht bedacht, daß der Untergang Deutschlands zugleich den Europas bedeute und daß es infolgedessen im gemeinsamen Interesse liege, ihn zu verhindern. Um das zu erreichen, genüge allerdings heute, nach den neuen Erschütterungen, das Wirtschaftsmanifest der Friedenskonferenz nicht mehr. Es sei zwecklos, noch immer Geldentschädigungen von den fast zerstörten Staaten zu erträumen und ebenso zwecklos, mit kleinlichen Gebietsfragen die Zeit zu vertrödeln. Jetzt heiße es, zu einer günstigen Zeit mit dem alten System abbrechen und eine Politik der Solidarität Europas einleiten, deren letztes fernes Ziel die Vereinigten Staaten in Europa seien. Wenn die Friedensverträge dieser Politik hinderlich seien, dann müßten sie eben beseitigt werden.

Auflösung der rumänischen Kammer.

Paris, 29. März. Nach einer Havasmeldung aus Bukarest wurde die rumänische Kammer aufgelöst, weil der Führer der Siebenbürgischen Partei von dem Ministerpräsidenten, General Averescu, verlangte, daß er das Programm der Siebenbürgischen Partei ausführen wolle, sonst werde sie, die die Mehrheit im Parlament besitze, ihn nicht unterstützen.

Sowjetrußland sucht wirtschaftl. Beziehungen.

Bern, 29. März. Wie aus London gemeldet wird, hat der Vorsitzende der Wirtschaftskommission der Moskauer Sowjetregierung den Ententestaaten erneut besondere Vergünstigungen für die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland angeboten. Die Zugeständnisse würden sich besonders auf Minenkonzessionen und auf Konzessionen für die Bewirtschaftung von Eisenbahnen und Schiffahrt erstrecken. Sowjetrußland verlangt lediglich die Anerkennung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Rußland, sowie die Anerkennung, daß die Sowjettruppen auf dem Schlachtfelde siegreich geblieben seien.

Ein neues Friedensangebot Sowjetrußlands.

Anapolis, 30. März. „New-York-Amerikan" veröffentlicht ein drahtloses an Litwinow gesandtes Friedensangebot von Sowjetrußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte: 1) Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland. 2) Anerkennung des Rechts, das Sowjetexperiment in Rußland weiter zu entwickeln. 3) Bereiterklärung Sowjetrußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. 4) Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten. 5) Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. 6) Auflösung der Roten Armee, sobald der Frieden gesichert ist. 7) Anerkennung der Schulden und Anleihen, einschließlich der Zinsen, der früheren russischen Regierung durch Sowjetrußland. — Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jeden Landes, sich seine eigene Regierungsart zu wählen, zu achten und diesen Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjetrußland beansprucht jedoch für sich dasselbe Recht. Die Sowjetregierung erklärt: Wir suchen keine Allianz mit irgend einer Nation und wollen keine Nation angreifen. Wir setzen unsern Glauben in den Frieden. Wir suchen Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt. Wir lehnen es feierlich ab, irgendwelche gegen die alliierten Regierungen gerichtete geheime Verhandlungen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen. Wir wollen keinerlei militärische Abmachungen. Wir bieten Polen einen loyalen Frieden an, können jedoch nicht zulassen, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus verteidigen zu wollen, große russische Grenzgebiete einheimst.

Polen und Litauen.

Berlin, 29. März. Wie die hiesige litauische Gesandtschaft, die telephonisch mit Kowno in Verbindung steht, mitteilt, entspricht die Berner Meldung über erbitterte Kämpfe zwischen Polen und Litauen nicht den Tatsachen. Es haben vor reichlich einer Woche Zusammenstöße zwischen beiderseitigen Vorhuten stattgefunden; seitdem aber herrscht völlige Ruhe.

Wirbelwinde in den Vereinigten Staaten.

Chicago, 29. März. (Reuter). Durch einen heftigen Wirbelwind wurden 20 Personen getötet und Hunderte verletzt. Im Nordosten der Stadt wurden Verheerungen angerichtet. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt.

London, 29. März. Einer Reutermeldung aus New-York vom 29. März zufolge hat eine Reihe von heftigen Wirbelwinden gestern Nordost-Illinois und Teile von Ohio, Michigan, Indiana, Missouri, Wisconin, Georgia und Alabama heimgesucht. Zahlreiche Personen wurden getötet, Hunderte von Häusern sind weggefegt worden. Da viele Telegraphenleitungen zerstört sind, fehlen nähere Nachrichten.

Württembergische Politik.

Die ernste Lage.

r Stuttgart, 29. März. Wie bekannt, haben Gewerkschafts- und Arbeitervertreter am Samstag mit der württ. Regierung, ähnlich wie in Berlin, Vereinbarungen getroffen, die die gegenwärtige politische Lage klären sollten. Das Organ der Unabhängigen schreibt zu diesem Abkommen: Diese schwammige Erklärung der württ. Regierung beweist, daß sie mit den Militaristen unter einer Decke steckt. Nun ist es an der württ. Arbeiterschaft, zu beraten, was zu tun ist. Ernst, sehr ernst ist die Stunde. Wenn die Arbeiterschaft des Ruhrbeckens zum Verzweiflungskampf getrieben wird, dann droht vielleicht völliger wirtschaftlicher Tod. Wenn die Bergwerke vernichtet sind, dann muß Deutschland sterben! Wir warnen!

Eine Mahnung.

r **Stuttgart**, 29. März. Der „Staatsanzeiger" schreibt in einem amtlichen Artikel unter der Ueberschrift: „Zusammenschluß" zu den politischen Vorgängen im Lande selbst folgendes: Neben der Gewerkschaften der großen Städte haben auch andere Erwerbskreise des Landes Anspruch auf Beachtung, und es widerspräche den elementarsten Grundsätzen der Demokratie, sie ausschalten zu wollen. Wenn man von der Bürgerschaft im weitesten Sinne des Wortes verlangt, daß sie der demokratisch-republikanischen Staatsform treu bleibt, so muß sie bei ihrer Verteidigung geschlossen mitzuwirken Gelegenheit haben. Auch bei uns in Württemberg sollte die Entspannung der Lage Veranlassung zu einem noch engeren Zusammenschluß aller ehrlich demokratisch gesinnten Volksteile geben.

Die Landeskonferenz der U.S.P.

r Stuttgart, 29. März. Am Samstag und Sonntag waren 230 Delegierte der U.S.P. zur Landesversammlung hier beisammen. Der Berliner Führer Crispien war ausgeblieben infolge der hochgespannten Situation. Nach dem Geschäftsbericht hat die Partei im letzten Jahr erheblich zugenommen, von 80 Ortsvereinen mit 8000 Mitgliedern auf 174 Vereine mit 16 526 Mitgliedern, darunter 227 Gemeinderäte und 8 Bezirksratsmitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt nur 67. Der Wochenbeitrag für die Partei wurde für männliche Mitglieder auf 50 ₰, für weibliche auf 40 ₰ erhöht. Es wurden Berichte gegeben über Agitation und Bildungsarbeit. Erst 40% der politisch organisierten Arbeiterschaft Württembergs sei in der Partei vereinigt. Weiter fanden Vorträge statt über die Presse, über die Vorgänge beim Generalstreik und über die politische Lage, den letzteren hielt Dißmann, der erklärte, die U.S.P. könne nie bei einer Arbeiter- oder Koalitionsregierung mitmachen. Auch bei einer sozialistischen Regierung würde sie nur mitmachen, wenn sie in der Regierung die Mehrheit habe. Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, die Protest dagegen einlegt, daß wieder württ. Truppen gegen das Proletariat verwendet werden. Die Parteigenossen im ganzen Lande werden aufgefordert, in allen Orten und Betrieben die sofortige Wiederaufnahme des Generalstreiks zu diskutieren und vorzubereiten. Zum Vorsitzenden des Landesvorstands wurde Engelhardt gewählt.

Eine Erklärung der Bürgerpartei.

r Stuttgart, 29. März. Die Württ. Bürgerpartei sieht sich zu folgender Erklärung veranlaßt: Württ. Gewerkschaften haben an die württ. Regierung die Forderung gestellt, sich den bekannten neun Punkten, die die Berliner Gewerkschaften aufgestellt haben, zu unterwerfen. Diese Forderungen bedeuten die Aufrichtung einer gewaltätigen Nebenregierung, die Entrechtung aller anderen Berufsgruppen zu Gunsten der sozialistischen Gewerkschaften und damit den Umsturz der vom Volk beschlossenen Verfassung, schließlich auch die Auflösung jeder staatlichen Ordnung und eine Schreckensherrschaft nach russischem Muster. Nun haben sich allerdings diese neuen Forderungen in einer Besprechung des württ. Ministeriums mit den Arbeitervertretern auf drei vermindert, die sich auf die Verwendung der Reichswehr, die Organisation der Einwohnerwehren, die Mitwirkung der Gewerkschaften im Kampf gegen die Reaktion beziehen. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß sich einzelne Berufsgruppen herausnahmen, auf die Regierung einen Druck auszuüben, der mit den Bestimmungen der Verfassung nicht zu vereinbaren ist. Jeder parteipolitische Kampf muß angesichts dieses Tatbestandes und seiner etwaigen Folgen verschwinden; gemeinsam müssen Bürger und Bauern, Beamte, Angestellte und Arbeiter gegen einen solchen Versuch der Vergewaltigung an Volk und Regierung protestieren, sonst laufen wir Gefahr, daß derartige Forderungen immer wieder von neuem erhoben werden. Wir fordern deshalb alle Mitbürger auf, sich einmütig gegen den Beginn einer Entwicklung zu wenden, die an ihrem Ende auf die Vernichtung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen hinauslaufen würde.

Vermischtes.

— **35 Millionen Menschenverluste durch den Krieg in Europa.** Die „Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges" in Kopenhagen hat ein neues Buch herausgegeben: „Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg" von Christian Döring. Diese statistische Studie, die auf eingehenden Berechnungen beruht, kommt zu dem tragischen Ergebnis, daß Europa von Beginn des Krieges bis Mitte 1919 etwa 35 Millionen Menschen verloren hat, wovon 20 Millionen auf Geburtenrückgang und 15 Millionen auf Kriegsgefallene und auf die vermehrte Sterblichkeit in der Heimat entfallen. Der Ueberschuß des weiblichen Geschlechts hat sich von 5,2 auf 15 Millionen vermehrt. Es ergeben sich folgende Verlustziffern:

	Geburten-verlust	Verlust durch Sterblichk. zun.	darunter Gefallene	Gesamt-verlust
Deutschland	3 600 000	2 700 000	2 000 000	6 300 000
Oesterreich	3 800 000	2 000 000	1 500 000	5 300 000
Großbritannien	850 000	1 000 000	800 000	1 350 000
Frankreich	1 500 000	1 840 000	1 400 000	3 340 000
Italien	1 400 000	880 000	600 000	2 230 000
Belgien	175 000	200 000	115 000	375 000
Rumänien	150 000	360 000	159 000	510 000
Bulgarien	155 000	120 000	65 000	275 000
Serbien	320 000	1 330 000	690 000	1 650 000
Rußland	8 300 000	4 700 000	2 500 000	13 000 000
Zusammen	20 250 000	15 130 000	9 829 000	35 320 000

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— ep. **Wenn der Hunger vor der Türe steht.** „Wenn der Hunger vor der Türe steht, ist es ein hellloser Unfug einer denkfaulen Gesellschaft, Millionen für fremde Schokolade und englische Zigaretten zu vergeuden, und Gerste und Kartoffeln zu Alkohol zu verarbeiten„ — diese Worte, die kürzlich der Tübinger Nervenarzt Prof. Gaupp in einer öffentlichen Versammlung ausgesprochen hat, sollten in Stadt und Land mit größten, unübersehbaren Buchstaben über allen Läden und Wirtschaftslokalen stehen. Soviel volkswirtschaftlichen Verstand sollte doch jeder Volksgenosse haben, daß wir jetzt, wo wir Rohstoffe vom Ausland brauchen, damit unsere Industrie nicht zum Erliegen kommt, den Rest unseres Kredits im Ausland nicht zum Einkauf von englischen und türkischen Zigarren und Zigaretten, von französischem Schnaps und Wein, von italienischen Orangen, auch nicht von Schweizer Schokolade verbrauchen dürfen. Mit allem, was wir vom Ausland einführen, um es zu verzehren, steigern wir unsere Verschuldung und verschlechtern den Wertstand unserer Mark; dagegen alles, was wir dem Ausland zuführen können an Erzeugnissen deutscher Arbeit, mindert unsere Verschuldung und hebt den Wert unseres Geldes. Nun brauchen wir aber vom Ausland in den nächsten Monaten für viele Millionen unentbehrliche Lebensmittel, Brotgetreide u. a., wenn wir nicht vor der neuen Ernte verhungern wollen: Das ist doch jetzt nicht die Zeit Luxusartikel einzuführen, wie Tabak, Zigarren, geistige Getränke, Schokolade — das sind doch eben Luxusartikel, — sonst bekommen wir am Ende die Luxusartikel, aber nicht mehr das zum Leben Unentbehrliche vom Ausland. Vollends aber dürfen wir jetzt nicht auch noch Lebensmittel wie Gerste und Kartoffeln und Zucker, die uns unser eigener Boden geliefert hat, in alkoholische Getränke verwandeln; das Essen kommt vor dem Trinken. Und wer noch einen Funken Gemeinschaftsgefühl in sich trägt, der weiß das nicht bloß, sondern der handelt auch danach; der fragt nicht, wie man's jetzt oft sagen hört: „Ich tu mit meinem Geld, was ich will", sondern der verzichtet jetzt auf Rauchen und Trinken und Schokoladeessen. Nur Blindheit und träge Gleichgültigkeit kann jetzt diese ernsten Volkssorgen von sich abweisen.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold den 31. März 1920

* **Das teuere Lernen.** Schulbücher kosten heute je nach dem Jahrgang 3.85, 4.30 und 11.55 ℳ nach amtlicher Preisfestsetzung, der beste Beweis für den unheimlichen Teuerungsgrad in der ganzen Papierverarbeitung. Da darf schon die Einführung der Lernmittelfreiheit erfolgen, sonst sind die Eltern der Schulkinder die Leidtragenden und die Familien ohne Kinder und die Junggesellen triumphieren. In einer Reihe Städte ist die Lehrmittelfreiheit schon eingeführt. Vielleicht tritt man ihr auch bei uns jetzt nahe?

* **An das Fernsprechnetz** in Nagold sind neu angeschlossen: Nr. 54 Wilh. Schweikle, mechan. Werkstätte; Nr. 79 C. Holländer, Buchhandlung; Nr. 108 Merkle z. Burg.

* **Wiedereröffnung des Sonntagsverkehrs auf den Eisenbahnen.** In Baden wird am Ostersonntag 4. April der Sonntagsverkehr auf den Staats- und Nebenbahnen wieder aufgenommen. Wie wir hören, ist dies in beschränktem Umfange auch in Württemberg der Fall. Da mit dem 1. April die Staatsbahnen in Reichsbesitz übergehen, ist es ja auch selbstverständlich, daß der Verkehr nunmehr einheitlich geregelt wird.

* **Ende des Landesbauernrates.** Auf 1. April d. J. wird der Württ. Landesbauernrat seine Tätigkeit einstellen. Die Aufwendung öffentlicher Mittel für die etwa in den Oberamtsbezirken oder in den Gemeinden noch bestehenden besonderen Bauernräte ist von da ab nicht mehr veranlaßt.

* **Die Einführung der Reichsfinanzverwaltung.** Mit dem 1. April erhalten die Wttbg. Steuerbehörden als Reichsfinanzbehörden neue Bezeichnungen. Das Steuerkollegium erhält die Bezeichnung Landesfinanzamt mit den beiden Abteilungen für direkte Steuern und für Zölle und Verbrauchsabgaben. Das Hauptsteueramt Stuttgart wird zum Finanzamt Stuttgart-Stadt, das Kameralamt zum Finanzamt Stuttgart-Amt. Die übrigen Kameralämter u. das Staatssteueramt Sigmaringen werden Finanzämter. Die Hauptzollämter behalten ihre bisherige Bezeichnung bei. Das Landesfinanzamt hat drei Abteilungen: 1. für direkte Steuern, 2. für Zölle und Verbrauchsabgaben, 3. für die Verwaltung des Reichsvermögens. Der Abteilung sind die Finanzämter, das Katasterbüro und die Bezirksgeometerstellen, der Abteilung 2 die Hauptzollämter und Zollämter sowie die Verbrauchsabgabesachen der Finanzämter, und der Abteilung 5 die Reichsvermögensämter und Reichsverpflegungsämter sowie das Remonteamt Breithülen unterstellt.

Eine pünktliche Lieferung

ist nur dann gesichert, wenn Sie das Abonnement auf den

„Gesellschafter"

heute noch erneuern.

Aus dem übrigen Württemberg.

r **Stuttgart,** 29. März. Am Samstag fand in der Liederhalle eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Schwäb. Sängerbundes statt. Von den mehr als 400 Vereinen die im Bunde zusammengeschlossen sind, hatten 300 einen Vertreter entsandt. Der auf neuer Grundlage in demokratischem Geiste aufgebaute Satzungsentwurf wurde gutgeheißen. Die Vereine erhalten dadurch weitgehende Selbstbestimmung. Zum Bundespräsidenten wurde wieder Oberbürgermeister Jäkle-Heidenheim gewählt. Das nächste allgemeine Sängerfest soll in Ulm stattfinden.

Handels- und Marktberichte.

+ **Herrenberg,** 30. März. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 264 Stück Milchschweine; Erlös pro Paar 600—800 ℳ, 81 Stück Läuferschweine; Erlös pro Paar 1000—1600 ℳ. Verkauf gut.

Letzte Nachrichten.

Herstellung des Friedenszustandes zwischen der Union und Deutschland.

Washington, 29. März. Wie verlautet, sollen sich die Republikaner und die Demokraten über den Wortlaut einer Resolution geeinigt haben, wonach der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird. Die Bestimmungen betreffend die Friedensbedingungen, die in der Resolution des Senators Knox enthalten sind, wurden gestrichen. Der Präsident würde nach Annahme der Resolution nur noch die Bedingungen des neuen Vertrags bekanntzugeben haben. Diese Resolution soll Anfang der nächsten Woche angenommen werden und man hofft, daß sie von beiden Kammern vor dem 15. April angenommen werden wird.

Der rote Zentralrat in Verbindung mit Moskau.

Essen, 30. März. Der Rote Zentralrat in Westfalen ist seit Freitag in dauernder funkentelegraphischer Verbindung mit dem Moskauer Zentralrat und mit der Oberleitung der gegen Polen marschierenden russischen Roten Armee.

Demonstrationen in Karlsruhe.

Karlsruhe, 30. März. Am Samstag und Sonntag fanden hier Demonstrationen der Unabhängigen und Kommunisten statt und zwar zuerst auf dem Marktplatz, dann beim Ministerium und vor den Wohngebäuden des Ministeriums des Innern und des Verkehrsministeriums. Die Führer der Radikalen hielten aufreizende Reden und erwähnten, daß der Vormarsch der Roten Truppen weitergehe und brachten schließlich ein Hoch auf die Räterepublik aus. Die Regierung sollte aufgefordert werden, die Truppen in Mannheim zurückzuziehen sowie revolutionäre Betriebsräte anzuerkennen, aber die Minister waren in dienstlichen Geschäften auswärts und konnten die Delegation überhaupt nicht empfangen. Im Laufe des Sonntags wurde in der Nähe der Wohnungen des Ministeriums eine Handgranate zur Explosion gebracht, die aber weiter keinen Schaden anrichtete.

Die Wirkung des Ultimatums.

Berlin, 31. März. Ein Bericht des Wehrkreiskommandos Münster besagt, daß das Ultimatum der Regierung bei den Aufrührern im allgemeinen keine Beachtung gefunden hat. An der Nordfront sind die Angriffe fortgesetzt und Verstärkungen herangezogen worden.

Ein Bericht der roten Armee aus Bur stellt fest, daß bis Dienstag morgen noch keine Regierungstruppen südlich der Lippe standen.

Der Konflikt im Ruhrgebiet.

Berlin, 31. März. Die Berliner Morgenblätter richten ihr Hauptinteresse auf die Ausgleichbemühungen im Ruhrkonflikt und geben ihrer Hoffnung auf Verständigung Ausdruck. Nach der „Voss. Ztg." ist im Ruhrgebiet der Generalstreik in einer Anzahl von Orten ausgebrochen. Die Zahl der quer übers Feld ziehenden Truppen der roten Armee bringt eine besondere Note in das Verkehrsbild.

Abzug der roten Truppen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. März. Der Vollzugsrat, der in der vorigen Nacht vertrieben worden ist, ist wieder eingesetzt worden. Die Sicherheitswehr hat gestern abend das Rathaus, das Ständehaus und alle öffentl. Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

Ein belgisches Ultimatum an die Duisburger Spartakisten.

Berlin, 31. März. Dem „Berl. Tgbl." wird aus Haag gemeldet, daß nach dem Allg. Handelsblatt am Sonntag ein belgischer Offizier dem Spartakistenführer Wildt in Duisburg ein Ultimatum auf sofortige Räumung von Duisburg und Wahrung einer neutralen Zone von 10 Kilometern östlich des Rheines überreicht hat.

General v. Seeckt.

Berlin, 31. März. Die „Voss. Ztg." hört auf Anfrage beim Reichswehrministerium, daß dort von einem Abschiedsgesuch des Generals v. Seeckt nicht das mindeste bekannt ist. Der General habe zu einem solchen Schritt auch keine Veranlassung. Die Anfrage war auf das Gerücht hin erfolgt, der General habe wegen scharfer Angriffe des Sozialisten Lüdemann, dem neuen preußischen Finanzminister, um seine Entlassung nachgesucht.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 30. März. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde u. a. der Entwurf einer Verordnung über die Heraufsetzung des Grundlohns und die Ausdehnung der Versicherungspflicht von Krankenversicherten angenommen. Der Grundlohn soll sich künftig in den Grenzen von 15 bis 20 ℳ bewegen und die Versicherungspflicht auf Einkommen bis zu 12 000 ℳ erhöht werden. Angenommen wurde ferner eine Verordnung über den Verkehr mit Zucker, wonach der Preis für den Zentner Zucker, der für Januar auf 101.60 ℳ festgesetzt war, von April ab auf 135 ℳ erhöht wird, und ein Entwurf über die Erhöhung der Schaumweinsteuer.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der

Bankfirma **Baer & Elend, Karlsruhe i. B.**

3% Kriegsanleihe	76¾	Allgem. El. Akt.	410
4% Württemberger	92	Packetfahrt „	165
4% Bad. Eisenb. Anl.	90	Nordd. Lloyd „	175
3½% do. conv	89	Phönix „	496
4% Bayern	90	Bad. Anilin u. Soda-Akt	574
		Deutsche Kali-Akt.	445

Devise Schweiz 100 Franks = ℳ 1275
„ Holland 100 Gulden = ℳ 2705.

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B. 1114
Erledigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

Für die Schriftleitung verantwortlich Franz Wilhelm Walter, Nagold
Druck u. Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser) Nagold.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

41] (Nachdruck verboten.)

Die Erkenntnis war erschütternd für Irene. Welche Tat, ungeahnt und verbrecherisch, konnte der Bruder begangen haben, daß sie ihn nun so daniederwarf? Daß sie sein Gewissen nicht mehr zur Ruhe kommen ließ?

So sicher war sie in ihrer Erkenntnis, daß ihr keine Zweifel mehr kamen. Sie umfaßte seinen Kopf mit beiden Händen und flüsterte mit beschwörender Stimme:

„Walter, erleichtere dein Herz! Sage mir, was du getan hast! Laß mich Teil haben an dem Traurigen, was dich bedrückt."

Aber diese Worte brachten ihn zur Besinnung. Er sprang auf, trat von ihr fort. Neues Leben kam in seine versteinerten Züge.

„Was redest du da, Irene? Was soll ich getan haben? Was denkst du denn? Und was soll mich bedrücken? Ich leide, ja, ich leide, weil ich krank bin. Weil die Nerven kaput sind, weil ich mich überarbeitet habe! Das ist das ganze! Da läßt man sich denn hinreißen von fremdem Jammer, von dem Schicksal fremder Menschen, die einen nichts angehen." Er versuchte zu lachen, aber es blieb bei einer Grimasse des Mundes. Und dann schleuderte er das Zeitungsblatt, das seine klammernden Finger noch immer hielten, zerdrückt und zerknüllt auf den Teppich.

„Verdammtes Blatt! Wozu brauche ich dich auch hier zu finden! Aber in diesem Hause gehen böse Geister um, Irene! Jedesmal, wenn ich hier bin, reißen meine Nerven!"

„Walter, warum? Warum gerade hier?"

„Weiß ich es?" gab er ärgerlich zurück.

Er ging ein paarmal durchs Zimmer, indessen sie regungslos und zitternd stand. Sie merkte ihm an, wie er seine Erregung niederzwang, wie er sich bemühte ruhig zu werden. Sein Blick fiel auf die Uhr:

„Ein Viertel vor sieben! Mein Gott, wir vertrödeln hier die Zeit! Um sieben Uhr beginnt der „Tristan!" Schnell, Irene, schnell!"

Sie fragte bang: „Wollen wir denn gehen?"

Er fuhr nervös zusammen: „Was für eine Frage! Warum sollten wir nicht gehen, wir haben uns doch beide auf die Vorstellung gefreut! Sollen wir vielleicht hier bleiben und Trübsal blasen! Dazu liegt doch kein Grund vor. Komm nur!" Er blieb vor ihr stehen, umfing sie mit seinen Blicken. „Wie hübsch du dich gemacht hast! Komm, Kleine, mach' ein anderes Gesicht. Wir müssen wie die Verschwender leben, ein Auto nehmen, sonst kommen wir nicht mehr zurecht."

Sie gingen aus dem Zimmer, nahmen schnell ihre Mäntel und verließen das Haus. Frau Vollmer und Ilschen waren noch nicht heimgekommen. Irene hätte ihnen jetzt auch nicht unbefangen gegenübertreten können. In ihrer Brust tobte ein Aufruhr der Gefühle! Tausend Fragen bestürmten sie, für die sie keine Antwort wußte.

Im Auto saßen sie schweigend. Walter schob seinen Arm durch den Irenes, lehnte seinen Kopf an ihre Wange. So blieben sie, bis der Wagen vor dem Opernhause hielt.

In der Garderobe trafen sie Helmut und Käte Körner.

„Warum kommt ihr denn so spät?" fragte Helmut, „das zweite Klingelzeichen ist schon gegeben, schnell, schnell."

Aber als er die weißen und starren Gesichter der Geschwister sah, fragte er nicht weiter.

Irene saß zwischen den beiden Herren. Als die ersten wunderbaren Töne des Vorspiels erklangen und Gewalt über ihre Seele erlangten, fiel der furchtbare Druck von ihr ab. Die Musik umwogte sie, hüllte sie ein, entführte sie in das Zauberland der Kunst.

Sie gab sich dem hohen und reinen Genusse, dieses höchste Kunstwerk zu erleben, hin, sie unterdrückte das eigene Empfinden, sie wollte nur lauschen, sich ganz verlieren in dieser gewaltigen Schönheit der Töne. Isoldes Leid ließ sie ihr eigenes vergessen.

Irene lebte im Banne der Dichtung, im Banne der Musik. Sie achtete nicht mehr auf Walter. Nun stand Tristan vor Isolde.

„Da du so sittsam,
Mein Herr Tristan,
Auch deiner Sitte
Sei nun gemahnt:
Den Feind dir zu sühnen,
Soll er als Freund dich rühmen."

Tristan fragte:

„Und welchen Feind?"

Da sang die königliche Frau:

„Frag' deine Furcht!
Blutschuld
Schwebt zwischen uns."

Was weiter auf der Bühne sich ereignete, hörte Irene nicht. Walter hatte mit schmerzhaftem Druck ihre Hand gepreßt, seine Augen bohrten sich mit dem Ausdruck derselben wahnsinnigen Furcht in ihr Gesicht wie eine Stunde vorher in Horst Vollmers Wohnung.

„Um Gotteswillen, was ist dir, Walter?"

„Ich fühle mich schlecht." Er erhob sich schwankend, eine Bewegung entstand in der Parkettreihe, in der sie saßen, als er während des Spieles Durchgang erbat. Unruhe machte sich bemerkbar. Irene folgte dem Bruder. Die Geschwister Körner sahen den beiden kopfschüttelnd nach.

Irene stützte den wankenden Walter. Sie führte ihn die Treppe empor in das Foyer des ersten Ranges. Dort sank er auf eines der Sofas. Irene besorgte ihm Selterwasser, führte mit bebenden Händen das Glas an seinen Mund.

Er trank hastig, die Farbe kehrte allmählich in seine Wangen wieder. Er atmete tief.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Halten von Kostkindern.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die Erlaubnis für das Halten von Kostkindern wie bisher (Vollzugsverfügung vom 8. Dezember 1909 — R. Bl. S. 374) zu erteilen, bis das Jugendamt in Tätigkeit ist und die Kostkinderaufsicht übernommen hat. 1519

Nagold, 30. März 1920. Oberamt: Münz.

Betreff: Schußgeld für Erlegung von Raben.

Um die in großer Zahl auftretenden, schadenstiftenden Raben zu vermindern, hat der Bezirksrat am 26. ds. Mts. beschlossen, ab 1. April ds. Js. für jeden erlegten Raben ein Schußgeld von 1 ℳ gegen Ablieferung der Ständer bei dem Gemeindepfleger aus Mitteln der Amtskörperschaft zu gewähren.

Die Gemeindejagdpächter und sonstigen Jagdberechtigten werden hierauf hingewiesen und zum Abschuß der schädlichen Tiere veranlaßt. 1518

Nagold, den 30. März 1920. Oberamt: Münz.

Iselshausen.

Die hiesige Gemeinde verkauft am **Dienstag den 6. April** von vormittags 9 Uhr an im öffentlichen Aufstreich:

220 Stück Langholz

mit 151 Festm. I.—V. Kl. worunter 40 Stück schöne Forchen.

Ferner im schriftlichen Aufstreich:

1. Los 125 Stück Langholz mit 51 Festm. I.-V. Kl.
2. „ 100 „ „ „ 80 „ I.-V. „

Schriftliche Angebote auf die beiden Lose wollen in Prozenten nach der Forsttaxe von 1920 bis Dienstag den 6. April beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Auszüge können vom Waldmeister bezogen werden.

1515 **Gemeinderat.**

Oberjettingen.

Eichenstammholzverkauf.

Aus dem Gemeindewald Lehleshau kommen am **Dienstag den 6. April d. Js., nachmittags ½3 Uhr** im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

2	Stück	I.	Klasse	mit 2,44	Fstm.
4	„	II.	„	„ 6,20	„
9	„	III.	„	„ 9,56	„
4	„	IV.	„	„ 2,97	„
2	„	V.	„	„ 0,51	„
1	„	VI.	„	„ 0,20	„

ferner:

74 Stück eichene und birkene Wagnerstangen und 20 Stück eichene Stumpen.

Zusammenkunft b. d. Linde an der Nagolderstraße.

1520 **Gemeinderat.**

Verkaufe eine 7 Jahre alte

Fuchs-Stute,

schöne Figur mittleren Schlags, unter Garantie.

Auskunft erteilt 1524

Schmiedmeister Theurer, Nagold.

Haiterbach. 1505

Schöne 40 Wochen trächtige

Nutz- u. Schaffkuh,

Algäuer, steht dem Verkauf aus 1. April, nachmittags 1 Uhr

Jakob Huzel, Schuhmacher.

Württ. Forstamt Altensteig.

Schichtnutzholz- u. Reisig-Verkauf.

Am **Samstag** den 3. April 1920, vormittags 10 Uhr im Grünen Baum in Altensteig aus Staatswald IV. 11 Reute und IV. 5 Priemensteige:

1 Rm. Spälter II. Kl., 384 Rm. u. 8 Flächenlose Nadelholzreisig. 1 Los Schlagraum. 1506

Nagold.

Neue Artikel zu Oster- und Konfirmationsgeschenken, auch schöne Bilder

für Knaben und Mädchen empfiehlt 1454

Hermann Knodel.

Verkaufe

am **Gründonnerstag mittags 1 Uhr** 1 schönes 2jähriges

Mutter-Schaf

samt Mutterlamm. 1502

J. Braun, Effringen

Oberschwandorf.

1 kleinen **Einspänner-**

Kuhwagen

und einen **amerikanischen**

Pflug

verkauft 1497

Walz, Wagner.

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser.

Bekanntmachung.

Auf den Kanzleien des Rathauses ist am **Gründonnerstag Durcharbeitungszeit** bis 3 Uhr nachmittags.

Nagold, den 31. März 1920.

1525 **Stadtsch.-Amt: Maier.**

Wildberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Sie und die w. Ihrigen zu unserer am 1511

Ostermontag den 5. April 1920

im Gasthaus zum „Bären" hier stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Friedrich Reutter — Sohn des verstorb. Chr. Reutter Straßenwart.

Anna Dieterle — Tochter des Georg Frey.

Kirchgang ½1 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Statt Karten.

Sulz OA. Nagold.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Ostermontag, den 5. April 1920

im Gasthaus zum „Lamm" in Sulz stattfindenden Hochzeitsfeier freundlich einzuladen.

Hans Deugler — Kaufmann, Sohn des verst. Johs. Deugler, Bauer.

Emilie Deugler — Tochter des J. Deugler Molkereikassier.

1509 Kirchgang 11 Uhr.

Emmingen-Ebershardt.

Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Ostermontag, den 5. April 1920

in unser Gasthaus zur „Krone" in Emmingen freundlichst einzuladen. 1510

Wilhelm Bohnet — Metzger, Sohn des Chr. Bohnet Bauer in Ebershardt.

Frida Martini — Tochter des Jakob Martini, Kronenwirt in Emmingen.

Kirchgang ½12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Bekanntmachung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsgruppe Wildberg u. Effringen.

Am **Freitag** d. 2. 4. 20 (Karfreitag) nachmittags 3 Uhr findet im Gasthof z. „Rose" in Wildberg eine **ordentl. Mitgliederversammlung** zwecks Delegiertenwahl statt. Das Erscheinen sämtl. Mitgl. ist **dringend** notwendig.

1508 Der Kassier: Wolter.

Am **Ostersonntag u. Ostermontag** bleibt mein Geschäft

1494 **geschlossen.**

G. Gengenbach, Friseur

Wildberg. (Jägerhof.)

Verkaufe am **Donnerstag Mittag 2 Uhr** einen bereits neuen 1475

Zweispänner-Wagen

samt Zubehör.

Fr. Böß, Oberjettingen.

Empfehle in besten Friedensqualitäten sämtliche

Farben und Lacke

für Innen- u. Außenanstriche

Leinölfirnis u. Terpentinöl

Möbelwachs

Mattierungen u. Politoren

Fußboden-Lack

1507 „ **Wachs**

„ **Oel usw.**

zu den billigsten Tagespreisen.

K. Ungerer, Nagold.

In eine befreundete Familie wird zum sofortigen oder späteren Eintritt ein 14—15jähr.

Dienstmädchen

bei guter Behandlung und Verpflegung gesucht. 1517

Näheres erteilt

Frau Hauptl. Walz Wtw. Nagold.

1521 **Nagold,** 30. März 1920.

Trauer-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die überaus schmerzliche Nachricht, daß uns unsere innigstgeliebte Tochter u. Schwester

Lina

im Alter von 16 Jahren nach kurzer, aber schwerer Krankheit unerwartet rasch durch den Tod entrissen wurde.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Eltern

Friedrich Martini mit Frau und Kindern

z. „Waldhorn".

Beerdigung Karfreitag mittag 2 Uhr.

1523 **Waldorf,** 30. März 1920.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Anna Maria Walz, Witwe,

heute vormittag 10 Uhr nach kurzer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet namens der trauernden Hinterbliebenen

der Bruder: **Jakob Walz,** alt Waldschütz.

Beerdigung: Donnerstag mittag ½2 Uhr.

Wildberg.

Zur Saat

empfehle ich 1384

Rotkleesamen
hierländisch,
Zetterlesklee samen
Saatwicken,
Grassamenmischung
für Wiesenanlagen,
Runkelrübsamen
(Angersen),
sämtliche
Gemüsesamen,
Steckzwiebel.

G. Eberhardt.

Auch ich kaufe ausgegangene

Frauenhaare

zu den höchsten Tagespreisen.

G. Gengenbach

1495 Friseur,
Wildberg (Jägerhof).

Ebhausen. 1472

Saat-Wicken
Futter-Erbsen
Klee- und Grassamen

empfiehlt in neuer Ware

Aug. Keßler.

Haiterbach.

1 Zentner 1514

Esper-Samen

hat zu verkaufen.

Gottlob Killinger,
Küfer.

Ein guterhaltenes 1513

Sportwägelchen

wird **zu kaufen gesucht.**

Von wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gemüse- u. Blumen-

Samen

(Erfurter)

Eierfarben

Bodenöl, Wasserglas

billigst in der

Löwen-Drogerie
Gebr. Benz, Nagold

1512 Bahnhofstr.

Nagold.

Einen noch wenig getragenen

Anzug

für 17—18jähr. j. M.

hat zu verkaufen 1503

Gg. Hartmann, Faßfer.
Oberamtsstraße.

---

2 guterhaltene 1522

Fahr-Räder

verkauft am **Donnerstag**

Gottlieb Stockinger
Schönbronn.

Gottesdienst-Ordnung.

Kathol. Gottesdienst.

Gründonnerstag 8 Uhr Amt, abends 7 Uhr Andacht. Karfreitag 9 Uhr Trauerzeremonie, nachher Predigt, ½2 Uhr Andacht, 7 Uhr Trauermette. Karsamstag ½7 Uhr hl. Weihen, 8 Uhr Amt, abends 7 Uhr Auferstehungsfeier. Hohes Osterfest ½8 Uhr Rohrdorf, ½10 Uhr Nagold Hochamt, 2 Uhr Andacht. Ostermontag ½8 Uhr Altensteig, ½10 Uhr Nagold, ½2 Uhr Andacht.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Karfreitag vorm. ½10 Uhr Predigt (J. Elsner) nachm. 2 Uhr Passionsgesanggottesdienst. Ostersonntag vorm. ½10 Uhr Predigt (J. Elsner) abds. ½8 Uhr Predigt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw